

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich
Ihr
Egon Jüttner



HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

- 1.Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum ASEM-Gipfel
- 2.Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Leistungsausweitung für Pflegebedürftige
- 3.EU-Jahresberichte 2012 und 2013 über Menschenrechte und Demokratie in der Welt
- 4.Relevantes aus der Region

1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum ASEM-Gipfel

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erläuterte in ihrer Regierungserklärung am Donnerstag im Plenum des Deutschen Bundestages das deutsche Engagement bei der Ausrichtung der europäischen Politik, da sich am 23. und 24. Oktober der Europarat trifft und für den 24. Oktober ein Euro-Gipfel angesetzt ist. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages debattierten über die Schwerpunkte und die Verknüpfung der deutschen Aktivitäten auf den verschiedenen europäischen Ebenen.

In ihrer Regierungserklärung zum ASEM-Gipfel (europäisch-asiatischen Gipfeltreffen), der am 16. und 17. Oktober in Mailand tagte, mahnte Bundeskanzlerin Merkel deshalb eine engere weltweite Zusammenarbeit an. In Bezug auf die Ukraine richtete sie eine konkrete Forderung an Russland: "Den entscheidenden Beitrag zur Deeskalation muss Russland leisten", sagte Merkel im Bundestag. Sie verlangte zudem die vollständige Umsetzung der Waffenstillstandsvereinbarungen von Russland. Weitere wichtige Themen des Gipfels in Mailand sind nach Merkels Worten neben der Ukraine-Krise auch der Kampf gegen die Terrormiliz IS und die Eindämmung der Ebola-Seuche. "Die großen globalen Herausforderungen werden wir nur gemeinsam bewältigen können", sagte sie. IS bedrohe "die gesamte freie Welt" und müsse deshalb als weltweite Herausforderung begriffen werden. Europa und Asien müssten etwa die Reisetätigkeit potenzieller Dschihadisten eindämmen und Radikalisierungstendenzen in den eigenen Ländern bekämpfen.

Auch die Ebola-Epidemie sei nur mit einer engeren internationalen Zusammenarbeit und deutlich effektiveren Strukturen einzudämmen. "Ebola und vergleichbare Epidemien machen nicht an Grenzen halt. Sie gehen uns alle an" so Merkel in ihrer Regierungserklärung.

2. Änderungen des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Leistungsausweitung für Pflegebedürftige

In zweiter und dritter Lesung beschloss der Deutsche Bundestag die erste Stufe der Stärkung und Verbesserung der Pflegeversicherung und setzte damit die größte Leistungsverbesserung um, die es je in einem der deutschen Sozialversicherungssysteme gegeben hat. Menschen, die Beruf und Pflege von Angehörigen in Einklang bringen müssen, sollen mehr zeitliche Flexibilität erhalten. Entsprechende Regelungen enthält das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Die Pflegeversicherung wird weiterentwickelt und zukunftsfest gemacht. In einem ersten Schritt werden die Leistungen der Pflegeversicherung zur Stärkung der häuslichen Pflege insbesondere durch Kurzzeit- und Verhinderungspflege, Tages- und Nachtpflege und neue ambulante Wohnformen ausgeweitet und flexibilisiert. Pflegebedürftige können diese entsprechend ihrer individuellen Bedarfslage passgenau zusammenstellen. Betreuungsleistungen in der ambulanten und stationären Pflege werden zur Verbesserung der Lebensqualität der Betroffenen und zur Entlastung pflegender Angehöriger ausgebaut.

3. EU-Jahresberichte 2012 und 2013 über Menschenrechte und Demokratie in der Welt

Im Plenum des Deutschen Bundestages wurden die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe zu den EU-Jahresberichten beraten, die einen umfassenden Überblick über die Maßnahmen der EU in diesem so wichtigen Politikfeld vermitteln. Der neue strategische Rahmen und der zugeordnete EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie wurden im Berichtszeitraum beschlossen. Sie haben dazu beigetragen, die europäische Menschenrechtspolitik eindeutiger und zielführender zu gestalten. Berührt werden dabei Politikbereiche wie Handel, Investitionen oder Entwicklungszusammenarbeit, aber auch Justiz oder Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt diesen neuen Ansatz und empfiehlt einen Folgeaktionsplan für die Jahre ab 2015. Der Bericht benennt Schwerpunkte der europäischen Menschenrechtspolitik, von der Entwicklung länderspezifischer Menschenrechtsstrategien bis hin zu Aktionsfeldern wie den Maßnahmen zur Beseitigung des Menschenhandels. Weiter begrüßt die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, daß der Einsatz für das Recht auf Glaubens- oder Religionsfreiheit ein Handlungsfeld der EU darstellt und bekräftigt die Anregung, in der Kommission eine Kompetenzstelle hierfür zu schaffen.

4. Relevantes aus der Region

Besuch beim Internationalen Bund

Am 22. September besuchte ich den Internationalen Bund für Sozialarbeit (IB) in Mannheim. Mit seinen 11000 Mitarbeitern und 700 Einrichtungen an 300 Standorten in Deutschland ist der IB auch in Mannheim vertreten. Nach einem Gespräch mit Programmgeschäftsführer Thomas Ackermann über die Arbeit des IB in Mannheim besuchte ich die Jobbörse in Neckarau, eine Kooperation der Bundesagentur für Arbeit mit dem IB. Dort informierte ich mich bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen über das lokale Jobbörsensystem in Mannheim und speziell über die Arbeit in Neckarau. Im Anschluss besuchte ich die Hochschule der Wirtschaft für Management, an der der IB mehrheitlich beteiligt ist. In einem Gespräch mit dem Präsidenten der Hochschule, Prof. Dr. Franz Egle, und dem Geschäftsführer der Gesellschaft für interdisziplinäre Studien (GIS), Wolfgang Dittmann, informierte ich mich über die GIS sowie die Hochschule. Diese engagiert sich für die Schaffung nachhaltiger Berufs- und Karrierechancen für ihre Studierenden. Insbesondere ein nahtloser Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem ist hierbei wichtig. Besonders fördert die Hochschule die Studienneigung von Studienberechtigten aus nichtakademischen Familien und solchen mit Migrationshintergrund. Ich begrüße das Engagement des IB in Mannheim, vor allem im Bereich der Jugendhilfe und -förderung.



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de